

# Zu den möglichen Folgen der Präsidentschaftswahl in den USA

22. Oktober 2024

## Zu den möglichen Folgen der Präsidentschaftswahl in den USA

Bei den Präsidentschaftswahlen am 5. November 2024 müssen sich die Bürgerinnen und Bürger der USA zwischen Donald Trump und Kamala Harris entscheiden. Der Wahlausgang könnte den wirtschaftspolitischen Kurs in den USA in vielen Bereichen stark verändern. In den nachfolgenden Ausführungen wird skizziert, wie sich die Kandidatin und der Kandidat im Vorfeld der Wahl in wichtigen Themenfeldern positioniert haben. Entscheidend für die Auswirkungen ist nicht nur der Ausgang der Präsidentschaftswahl, sondern auch die Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus. Dies gilt auch, weil die Steuererleichterungen von 2017, auf denen beide Kandidaten aufsetzen, Ende 2025 auslaufen:

### Handelspolitik

#### Trump: „Handelsdefizite der USA als nationaler Notstand“

- Trump: “To me, the most beautiful word in the dictionary is ‘tariff.’”
- Erhöhung der Zölle auf einen allgemeinen Basiszoll von 10 % (nach jüngsten Ankündigungen 20 % oder sogar noch höher) und Erhöhung der Zölle auf chinesische Waren um 60 %
- Idee eines 100 % Zolls auf importierte Autos
- China den Meistbegünstigten-Status aberkennen (Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) müssen alle Vorteile, die sie im Handel mit Waren einem Handelspartner zugestehen, auch jedem anderen WTO-Mitglied gewähren.) Diese Maßnahme würde die Krise der WTO nochmals verstärken.
- Wiedereinsetzung der Zölle auf Stahl und Aluminium, die Biden abmilderte
- Mehr De-Coupling als De-Risiking der US-Wirtschaft von China

#### Harris: „Softer Protektionismus“

- Keine sektorenübergreifenden allgemeinen Zollerhebungen, aber gezielte Maßnahmen gegen China, „wenn es die Regeln bricht“
- Keine neuen Freihandelsabkommen, aber Fortführung von Bidens-Bestrebungen zu EU-US-Handels- und Technologieabkommen (TTC)
- Befürwortung der bestehenden US-Zölle auf chinesische Elektrofahrzeuge und Halbleiter
- De-Risiking, aber nicht De-Coupling mit China

### „Steuersenkungen, um Investitionen und Innovationen anzuregen“

- Weitere Steuersenkungen für Unternehmen (Nach der Senkung des Steuersatzes für Unternehmen von 35 % auf 21 % im Jahr 2017 soll er nun weiter auf vermutlich 15 % sinken.)
- Dauerhafte Übernahme der 2025 auslaufenden Steuersenkungen des „Tax Cuts and Jobs acts“ von 2017
- Abschaffung von Bidens Grüne-Energien-Steuerzuschüssen
- Teilweise Gegenfinanzierung durch höhere Zölle
- Bei einer vollständigen Umsetzung der Maßnahmen rechnen Experten (Congressional Budget Office, CBO) mit einem zusätzlichen Budgetdefizit von rund 4 Bill. US-Dollar im Zeitraum von 2026-35. Dies entspricht einem Defizit von rund 1,5 % des BIPs pro Jahr. Das jährliche Defizit bei unveränderter Rechtslage wird nach Rechnungen des CBO 2034 auf 6,9 % geschätzt. Die staatliche Schuldenquote der USA liegt 2024 bei 99 % des BIPs und dürfte bis 2034 auf 122 % steigen. Die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik steht daher ernsthaft in Frage.

### „Steuersenkungen, um Ungleichheit zu vermindern“

- Abschaffung von Trumps Unternehmenssteuer-Senkungen
- Stärkere Steuerentlastungen für Privatpersonen mit einem Einkommen bis 400.000 US-Dollar und für Familien
- Prämien für Erstkäufer von Wohnimmobilien und für Startups
- Einführung einer Steuer für unrealisierte Kapitaleinkünfte der wohlhabendsten Amerikaner
- Abschaffung der Steuer auf Trinkgelder (wird auch von Trump gefordert)
- Bei einer vollständigen Umsetzung der Maßnahmen rechnen Experten (Congressional Budget Office) mit einem zusätzlichen Budgetdefizit von 2 Bill. US-Dollar im Zeitraum von 2026-35. Die Finanzpolitik unter Harris wäre weniger expansiv als unter Trump, aber ebenfalls nicht nachhaltig.

## Energie- und Umweltpolitik

---

### „Bidens grüne Politik beenden“

- Völlige Deregulierung fossiler Energieerzeugung
- Verminderung der Investitionsausgaben für den Energiewandel
- Keine Pläne zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung oder zur Anpassung an den Klimawandel
- Ausbau der Kernenergie und Entwicklung kleiner modularer Reaktoren (wird auch von Harris gefordert)

### „Kontinuität in Sachen Dekarbonisierung“

- Umsetzung von Bidens Investitionspaketen vorantreiben
  - Unterstützung der inländischen Öl- und Gasproduktion und des Frackings, aber auch Reformen zur Beschleunigung der staatlichen Prozesse zum Ausbau der Energieinfrastruktur
- 

## Migrationspolitik

---

### „Sendet sie zurück“

- Migranten, die sich illegal in den USA aufhalten, sollen „zurückgeschickt“ werden. Ein „mass deportation scheme“ soll lt. Vizekandidat J. D. Vance zunächst 1 Millionen illegale Auswanderer zurückführen. Das Department of Homeland Security (DHS) rechnet mit insgesamt 11 Millionen illegalen Einwanderern.
- Asylbewerber sollen während der Prüfung ihrer Anträge in Mexiko warten.
- Die Arbeitsmarktfolgen einer Rückführung von illegalen Einwanderern können schwerwiegend sein. Die Verfügbarkeit von Arbeitskräften mit niedriger Qualifikation würde sinken mit der Folge steigender Löhne und Preise insbesondere im Dienstleistungsbereich, Bau- und Landwirtschaft. (Laut der National Foundation for American Policy (NFAP) kamen zwischen 2019 und 2024 3,6 Millionen ausländische Arbeitskräfte (einschließlich legaler Migration) auf den US-Arbeitsmarkt, verglichen mit 479.000 in den USA geborenen Arbeitskräften.)

### „Kontinuität zur Biden-Politik“

- Neue Wege zu legaler Migration und gleichzeitig strengere Asylregelungen an der Südgrenze
  - Stärkung der qualifizierten Einwanderung (wird auch von Trump gefordert)
-

## Ukraine- und Nahostpolitik

---

### „Schnelles Kriegsende in der Ukraine und Carte Blanche für Israel“

- Vages Versprechen, den Ukrainekrieg schnell zu beenden
- Freie Hand für Israel, auch für mögliche Angriffe auf iranische Öl- oder Nuklearanlagen
- Unterstützung für israelische Siedler in Westjordanland

### „Kontinuität zur Biden-Politik“

- Weitere Beistand und Militärhilfen für die Ukraine
  - Israels Recht auf Selbstverteidigung und die Idee eines palästinensischen Staates unterstützen
- 

## Weitere Politikfelder

---

- Geldpolitik: Trump hat oft die Fed kritisiert. Konkrete Pläne zur Beeinflussung der Geldpolitik – jenseits der aus der ersten Amtszeit bekannten kritischen Kommentierung der Entscheidungen – sind nicht bekannt. Generell wird lt. NY Times auf der Trump-Kampagnenseite gefordert, unabhängige Behörden unter die Kontrolle des Präsidenten zu bringen. Hierzu müsste er allerdings über die entsprechenden parlamentarischen Mehrheiten verfügen. Auf jeden Fall könnte er einen ihm gewogenen Kandidaten bei der Neubesetzung des Postens des Notenbankgouverneurs 2026 vorschlagen. Dieser verfügt aber nur über eine von 12 Stimmen im Offenmarktausschuss (FOMC), der über die Leitzinsen entscheidet.
  - Nato: Infragestellung der Nato-Mitgliedschaft der USA
  - Erschwinglicher Wohnraum, Bildungsreformen, besserer Zugang zum Gesundheitswesen
  - Preiswucherei bei Lebensmittel gesetzlich untersagen, Kosten für verschreibungspflichtige Medikamente senken
- 

Quelle: Zusammenstellung des BVR basierend sowohl auf verschiedenen Quellen in den USA sowie Angaben aus einem „ifo Schnelldienst“ (Ausgabe 9/2024) und mehreren Beiträgen im „The Economist“ (vom 12. Oktober 2024)

Der Ausgang der Präsidentschaftswahl hat auch Auswirkungen auf die Entwicklung der Weltwirtschaft und auf die Wirtschaft in Deutschland. Die USA sind einer der wichtigsten Handelspartner der deutschen Wirtschaft, sowohl bei Waren als auch bei Dienstleistungen. Die deutschen Warenexporte in die USA werden dabei durch Autos, Maschinen und Pharmazeutika dominiert. Zu den ökonomischen Folgen einer zweiten Amtszeit von Donald Trump für Deutschland gibt es einige Studien, die eine dämpfende Wirkung auf die Konjunktur erwarten lassen:

Studienautoren	Was wird untersucht?	Zentrale Ergebnisse
Obst, Sultan, Matthes (IW Köln)	Anhebung der US-Zölle auf 10 % auf Importe aller Handelspartner (außer China) und 60 % auf die Importe aus China	um 0,29 % und 0,93 % geringeres BIP in Deutschland 2025 und 2026 als im Szenario ohne Zollanhebungen
Baur, Flach, Hillrichs (ifo München)	Auswirkungen der US-Zölle auf die deutschen Exporte	um 1,8 % niedrigere Exporte als im Szenario ohne Zollerhebungen (-14,9 % im Exportgeschäft mit den USA)

Quelle: Zusammenstellung des BVR auf Basis der Angaben aus einem „ifo Schnelldienst“ (Ausgabe 9/2024)



### DONALD TRUMP

**WACHSTUM**  
 Höhere Importzölle, weniger Einwanderung und geringe Planungssicherheit bei Investitionen belasten Wirtschaftswachstum

**INFLATION**  
 Höhere Importzölle, Einwanderungspolitik mit engem Arbeitsmarkt und lockere Geldpolitik wirken inflationär

**LEITZINSEN**  
 Trump dürfte wieder Druck auf Powell ausüben, die Zinsen schnell zu senken, und die vorzeitige Entlassung anstreben, um loyale Gefolgsleute zu installieren

**HAUSHALTSDEFIZIT**  
 Steuersenkungen und „Dividendenzahlungen“ aus Zolleinnahmen sollten das Haushaltsdefizit weiter erhöhen



### KAMALA HARRIS

**WACHSTUM**  
 Planungssicherheit und Fortführung von Bidens Investitionsoffensiven

**INFLATION**  
 Strukturell höhere Inflation als vor der Pandemie, aber kein zusätzlicher Druck durch Politikinitiativen

**LEITZINSEN**  
 Unabhängigkeit der Zentralbank bleibt gewahrt

**HAUSHALTSDEFIZIT**  
 Großteil von Trumps Steuersenkungen läuft aus, Steuererhöhungen für wohlhabende Haushalte

Einen guten Kurzüberblick über die Folgen der US-Präsidentschaftswahl gibt das folgende Chart von Union Investment:

Quelle: Union Investment  
[US-Wahl: Endspurt fürs Portfolio | Union Investment \(union-investment.com\)](https://www.union-investment.com/US-Wahl-Endspurt-fuers-Portfolio)



### **Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR)**

Der BVR ist der Spitzenverband der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft in Deutschland. Dazu zählen die rund 700 Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD Banken, Kirchenbanken und weitere Sonderinstitute wie die Deutsche Apotheker- und Ärztebank. Präsidentin des BVR ist Marija Kolak. Weitere Mitglieder des Vorstandes sind Tanja Müller-Ziegler und Daniel Quinten. Der BVR vertritt bundesweit und international die Interessen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken. Innerhalb der Gruppe koordiniert und entwickelt der BVR die gemeinsame Strategie der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Er berät und unterstützt seine Mitglieder in rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen. Der BVR betreibt zwei institutsbezogene Sicherungssysteme. Zum einen ist dies die 100-prozentige Tochtergesellschaft „BVR Institutssicherung GmbH“. Sie stellt das amtlich anerkannte Einlagensicherungssystem dar. Zum anderen betreibt er die freiwillige „Sicherungseinrichtung des BVR“ – das älteste Bankensicherungssystem Deutschlands. Der BVR ist aktiv in Berlin, Bonn und Brüssel. Informationen zum BVR und seinen Themen erhalten Sie unter:

Telefon: +49 (0)30 2021 0  
E-Mail: [info@bvr.de](mailto:info@bvr.de)  
Internet: [www.bvr.de](http://www.bvr.de)

**Bundesverband  
der Deutschen  
Volksbanken und  
Raiffeisenbanken**

Schellingstr. 4  
10785 Berlin

**Ansprechpartner**

Dr. Andreas Bley  
Dr. Gerit Vogt

Abteilung Volkswirtschaft/Mittelstandspolitik  
Telefon: (030) 2021-1500

E-Mail: [volkswirtschaft@bvr.de](mailto:volkswirtschaft@bvr.de)  
Internet: [www.bvr.de](http://www.bvr.de)

**Stand**

Oktober 2024